

Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umwelt- und Baupolitische Sprecherin der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

09.02.2015

Arbeitsprogramm Europa

Die Lage in Griechenland beschäftigt uns weiterhin. Für uns ist klar, dass es auch nach der dortigen Parlamentswahl bei den mit den internationalen Geldgebern getroffenen Vereinbarungen bleiben muss. Griechenland hat bereits viel europäische Solidarität erfahren. Beispielsweise mit dem ersten Schuldenschnitt aus dem Jahr 2012. Für diese Hilfen sind allerdings feste Regeln vereinbart worden. So haben wir z.B. immer Wert darauf gelegt, dass der Internationale Währungsfonds beteiligt ist. Wahlergebnisse ändern diese Verträge nicht. Deshalb steht ein weiterer Schuldenschnitt für Griechenland nicht zur Debatte. Die Griechen müssen ihre Reform- und Sparanstrengungen fortsetzen. Schon gar nicht sind wir dazu bereit, Wahlversprechen einer links-populistischen Regierung in Griechenland mit deutschen Steuergeldern zu bezahlen.

Europa ist auch mehr als Euro, Cent und Nothilfe. Dies wurde in dieser Woche auch deutlich, als wir das Arbeitsprogramm der neuen Kommission debattiert haben, denn das EU-Arbeitsprogramm 2015 steht unter dem Motto: Neustart für Wachstum, Jobs und Investitionen. Geplant ist eine Investitionsoffensive für Europa, mit der in den nächsten drei Jahren öffentliche und private Investitionen im Umfang von mindestens 315 Milliarden Euro mobilisiert werden sollen. Des Weiteren sind unter anderem erste Schritte auf dem Weg zu einer europäischen Energieunion und die Entwicklung eines neuen Konzepts für legale Migration geplant. Insgesamt enthält das Programm 23 Initiativen, bei denen sich die Kommission verbindlich verpflichtet, 2015 einen Vorschlag vorzulegen. Volker Kauder kommentierte das Arbeitsprogramm der EU-Kommission mit den Worten: „Es ist gut, dass die Europäische Kommission ihre Arbeit in dieser Wahlperiode weniger detailverliebt und insgesamt politischer anlegen will. (...) Wir unterstützen daher sehr die Schwerpunkte: Subsidiarität, Vorrang von Wachstum und Investitionen, Bürokratieabbau, Binnenmarkt, Digitalisierung, das Bekenntnis zum Freihandel und eine intensive Rückbindung an die Mitgliedstaaten.“ Und der haushaltspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Norbert Barthle, sagte bezogen auf die Entscheidung der EZB, keine griechischen Staatsanleihen mehr als Sicherheiten für Bankkredite zu akzeptieren, in einem

Interview mit dem Deutschlandfunk: „Das hat sicherlich Auswirkungen auf Griechenland. Aber im Grunde genommen hätte die neu gewählte griechische Regierung das voraussehen müssen und auch wissen müssen, dass es so kommt, denn der Herr Draghi tut nichts anderes, als sich an die Regeln zu halten, die sowohl für die EZB als auch für alle anderen europäischen Länder gelten, und die lauten nun mal: Wenn ein Land kein Programmland mehr ist, also nicht unter einem Rettungsschirm ist, dann dürfen auch die jeweiligen Staatsanleihen nicht mehr als Sicherheiten hinterlegt werden. Außerdem gibt es dann noch eine Obergrenze für das Aufkaufen von Staatsanleihen durch die EZB. Also dem Herrn Draghi sind da schlicht und einfach die Hände gebunden (...), denn es war ja die neu gewählte Regierung in Griechenland, die gesagt hat, sie wollen aus dem laufenden Programm aussteigen (...).

Zur Zahlungsfähigkeit von Griechenland sagt Barthle weiter: „Bereits Ende Februar wird es für die griechischen Finanzen eng werden. Wenn das Programm verlängert werden kann, wozu es aber entsprechender Beschlüsse bedarf, dann hat Griechenland vielleicht noch zwei, drei Monate flüssige Mittel. Aber dann wird es sehr eng und dann kommt irgendwann der Tag, an dem Griechenland auf Hilfe von außen angewiesen sein wird, und darauf muss man sich einstellen. Bislang ist es ja so, dass nahezu stündlich andere Vorschläge aus Griechenland kommen, und deshalb rate ich uns sehr, von dem etwas doch forschen Auftreten uns weder irritieren, noch provozieren zu lassen, sondern in aller Ruhe abzuwarten, was die griechische Regierung bereit ist, auf den Verhandlungstisch zu legen. Denn nur etwas zu fordern, geht auch nicht, sondern die müssen etwas anbieten, das eine Perspektive eröffnet, dass dieses Land wieder auf eigene Beine kommt und nicht dauerhaft am Tropf anderer hängt. Momentan hat man den Eindruck, der griechischen Regierung geht es nur darum, ihre Schulden los zu werden oder frisches Geld zu bekommen. Das ist aber nicht der Weg in die Zukunft. Der Weg in die Zukunft ist, dass Griechenland selbst wieder in der Lage ist, sich Kredite zu beschaffen und sich damit unabhängig macht von externen Geldgebern.“

Gemeinschaftsdienst in den Niederlanden

Arbeitslose bekommen Geld der Gemeinschaft. Dafür sollen sie etwas zurückgeben, hat die Politik in den Niederlanden entschieden. Seit Anfang des Jahres sind sie durch ein Gesetz zum Dienst an der Gemeinschaft verpflichtet. Maarten Struijvenberg, Beigeordneter für Arbeitsmarkt und Wirtschaft, ist er in der Großstadt Rotterdam verantwortlich für die Umsetzung eines Gesetzes, das seit Anfang des Jahres in den Niederlanden gilt: Empfänger von Sozialhilfe werden darin zum Ehrenamt verpflichtet. Sie bekommen Geld von der Gemeinschaft - und sollen deshalb eine Gegenleistung erbringen. Die Regierung in Den Haag arbeitet schon länger daran, aus den Niederlanden eine „Partizipationsgesellschaft“ zu formen: Jeder soll etwas beitragen, der Staat sich zurückziehen, Bürger sollen füreinander sorgen. Es sei kein Mittel zur Reintegration in den Arbeitsmarkt: „Die Gegenleistung hat das Ziel, Menschen, die Sozialhilfe bekommen, Teilhabe zu ermöglichen“, sagt ein Sprecher des Arbeitsministeriums in Den Haag. „Das geht, indem gesellschaftlich nützliche Tätigkeiten verrichtet werden.“ Was genau „gesellschaftlich nützlich“ ist, entscheiden die einzelnen Gemeinden. Sie füllen den Rahmen des Gesetzes selbst aus und entscheiden auch, wie viele Stunden pro Woche es sein müssen, wie die Arbeit kontrolliert wird und welche Sanktionen drohen. Die Stadt Rotterdam hat 2013 mit einem Pilot-Projekt in 14 Stadtvierteln begonnen. „Am Anfang gab es viel Widerstand, weil die Leute das Gefühl hatten, die Politik mische sich mal wieder zu stark ein“, erzählt Struijvenberg. Tatsächlich habe die Verpflichtung zum Dienst an der Gemeinschaft positive Effekte, sagt René Paas, Vorsitzender der Organisation „Divosa“, dem Zusammenschluss der kommunalen Sozialdienste. „Sozialhilfeempfänger bekommen ein Gefühl der Wertschätzung, sie haben auch ganz praktisch wieder einen Grund, morgens aufzustehen.“ In der Praxis gebe es allerdings noch Verbesserungsbedarf, sagt Paas. Gemeinden hätten zwar die Verpflichtung zur Umsetzung des Gesetzes bekommen - aber kein Geld. Für die Koordinierung würden aber Finanzmittel und Mitarbeiter gebraucht. Außerdem seien manchmal zusätzliche Anstrengungen nötig: „Wer sehr lange Sozialhilfe bezogen hat, braucht praktische Hilfe im Alltag und kann nicht einfach so losgeschickt werden“, erklärt Paas. (epd/Dürr)

Reallöhne gestiegen

Die Reallöhne der deutschen Arbeitnehmer sind im vergangenen Jahr so stark gestiegen wie noch nie seit der Wirtschaftskrise 2008. Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes vom Montag führte vor allem die geringe Preissteigerung zu einer Reallohnsteigerung von 1,6 Prozent. Die nominalen Löhne waren mit 2,4 Prozent etwas schwächer geklettert als im langjährigen Mittel (2,5 Prozent). Die geringe Inflation von knapp 0,9 Prozent (Fünfjahresschnitt: 1,5 Prozent) führte aber dazu, dass überdurchschnittlich viel übrig blieb. Im Jahr zuvor hatte es wegen gestrichener Sonderzahlungen einen leichten Rückgang der Reallöhne von 0,1 Prozent gegeben. (dpa)

Bundesdatenschutzbeauftragte wird gestärkt

Andrea Voßhoff hat künftig eine weitaus stärkere Stellung als bisher. Die ehemalige Bundestagsabgeordnete war von 1998 bis 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages, zuletzt als rechtspolitische Sprecherin und Vorsitzende der Arbeitsgruppe Recht in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Der Bundesrat billigte letzte Woche ein vom Bundestag im Dezember 2014 beschlossenes Gesetz, mit dem die Datenschutzbeauftragte den rechtlichen Status einer obersten Bundesbehörde erhält, die eigenständig und unabhängig ist. Die bisherige organisatorische Anbindung an das Bundesinnenministerium wird mit der Neuregelung aufgehoben. Auf eine Rechtsaufsicht der Bundesregierung und eine Dienstaufsicht des Bundesinnenministeriums wird ebenfalls verzichtet. Voßhoffs Dienstsitz bleibt in Bonn. (AFP)

Studie: Potenziale nicht genutzt

Das Potenzial von hochqualifizierten Zuwanderern wird einer Studie zufolge zu wenig genutzt. Häufig arbeiten eingewanderte Akademiker in Jobs, die nicht ihren Qualifikationen entsprechen, wie aus einer am Freitag veröffentlichten Untersuchung der Universität Duisburg-Essen hervorgeht. Dafür wertete die Duisburger Soziologieprofessorin Anja Weiß gemeinsam mit kanadischen Wissenschaftlern Interviews mit über 200 gut ausgebildeten Einwanderern in Deutschland, Kanada und der Türkei aus. Die Interviews zeigen den Angaben zufolge, dass eingewanderte Akademiker meist rechtlich nicht als Hochqualifizierte, sondern als Flüchtlinge, Ehepartner oder Studenten behandelt werden. Ausländerrechtliche Ausnahmeregelungen für Hochqualifizierte würden in der Praxis oft nicht umgesetzt. Die Wissenschaftler kritisieren zudem, dass Arbeitsagenturen in Deutschland den Migranten fast nur berufliche Umschulungen und kein Studium anböten: „Das führt dazu, dass die Hochschulabsolventen unter den Spätaussiedlern häufiger arbeitslos sind als beruflich Gebildete.“ Die Forscher zitieren aus einem Interview mit einer anerkannten Asylbewerberin, die im Irak als Oberärztin gearbeitet hatte. Ihr Abschluss sei in Deutschland anerkannt worden, doch bei der Gesundheitsbehörde habe man ihr gesagt, sie könne eher als Putzfrau denn als Ärztin arbeiten. Grundsätzlich müssen eingewanderte Ärzte der Untersuchung zufolge vor allem mit bürokratischen Barrieren kämpfen, während etwa Manager zunächst verhandlungssichere Sprachkenntnisse erwerben müssten. Wie die Studie weiter ergab, setzen viele Firmen ausländische Akademiker in Positionen ein, in denen sie mit ausländischen Klienten arbeiteten. Diese Tätigkeiten seien aber oft schlechter bezahlt und es gebe weniger Aufstiegschancen, hieß es. (epd).

Zitat

“We agree to disagree”. (Wir sind uns einig, dass wir uns uneinig sind. Mit diesen Worten hat Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble am Donnerstag in Berlin sein erstes Treffen mit dem neuen griechischen Finanzminister Giannis Varoufakis zusammengefasst)